

### Von Überlebenden, Kolonisten und Newcomern: neue und alte Eliten in Ostdeutschland

Hornbostel, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hornbostel, S. (2000). Von Überlebenden, Kolonisten und Newcomern: neue und alte Eliten in Ostdeutschland. *Kursbuch*, 139, 123-136. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-25625>

#### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

#### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

# Stefan Hornbostel

## Von Überlebenden, Kolonisten und Newcomern

NEUE UND ALTE ELITEN IN OSTDEUTSCHLAND

Zu »Friedenszeiten«, wie man die Epoche des realen Sozialismus in den neuen Bundesländern gern bezeichnet, gab es offiziell keinerlei Probleme mit Eliten. Diese waren als Relikte bürgerlicher Gesellschaft einfach wegdefiniert worden. An ihre Stellen traten in der DDR – ganz in der Tradition der »Avantgarde der Arbeiterklasse« – die sozialistischen Kader. Ein über Nomenklaturen gesteuerter und zentral kontrollierter Apparat der Machtausübung, der planmäßig mit den »besten Vertretern der Arbeiterklasse« ergänzt und erneuert werden sollte. Dass man damit weder das Problem der Legitimation von Eliten noch das Problem des Elitenwandels losgeworden war, ließ sich 1989 auf den Straßen besichtigen. Was da zu sehen war, schien zunächst ganz jenem Bild zu entsprechen, das der Nationalökonom und Soziologe Vilfredo Pareto zu Beginn unseres Jahrhunderts gezeichnet hatte: Wenn die »Löwen«, von starken Idealen getrieben, die Macht errungen haben, geht die Sicherung dieser Macht in eine Phase der Dekadenz über. Immer weniger können sie sich durch Gewaltanwendung an der Macht halten, immer mehr müssen sie ihren Gegnern den Frieden abkaufen. Diese Gegner, die »Füchse«, gewinnen an Einfluss, bis sie schließlich die Machtpositionen selbst okkupieren.

Soweit scheint auch die DDR dem Wechselspiel von Löwen und Füchsen gefolgt zu sein: 1989 zeichnete sich ein massiver interner Wechsel in der DDR-Elite ab. Wie bekannt, war dies Phänomen jedoch von kurzer Dauer. Die DDR-interne Elitenzirkulation konnte den Systemkollaps nicht mehr verhindern. Anders als in den osteuropäischen Staaten durchlief die DDR nach ihrer Selbstauflösung jedoch keinen endogen gesteuerten Veränderungsprozess, sondern integrierte sich in die Institutionenordnung Westdeutschlands. Das hatte zur Folge, dass ein Elitereservoir im Westen zur Verfügung stand (und durch materielle Anreize – Buschgeld – motiviert wurde), das die Lücken in der gesäuberten sozialistischen Elite schnell schließen konnte. Diese außergewöhnliche Konstellation führte dazu, dass im Osten der Republik ein tiefgreifender Umbau gesellschaftlicher Institutionen, bei Aufrechterhaltung ihrer Funktionsfähigkeit, be-

gann. Nicht nur die Pferde, sondern auch die Kutscher wurden bei voller Fahrt gewechselt. Wenngleich die »blühenden Landschaften« noch auf sich warten lassen, gelang es auf diese Weise unzweifelhaft, in kürzester Zeit das Rechts- und Institutionengefüge der alten Bundesrepublik in den neuen Bundesländern zu implementieren und über einen enormen Ressourcentransfer diesen Umbau bei relativ steigendem Wohlstand der Bevölkerung zu bewältigen. Seit die Aufbruchseuphorie verfliegen ist, werden allerdings zunehmend die Schattenseiten dieses Prozesses erkennbar.

Zu diesen Schattenseiten gehört das »Unzufriedenheitssyndrom« der Ostdeutschen. Es speist sich nur zum Teil aus den materiellen Lebensverhältnissen und den daraus resultierenden Problemlagen. Zum größeren Teil verdankt sich diese Unzufriedenheit einem diffusen Deprivationsempfinden gegenüber den Westdeutschen. Dabei handelt es sich nicht um eine Attitüde älterer »Wendeverlierer«, sondern durchaus um die Erfahrungswelt junger Menschen. So geben 1998 mehr als die Hälfte der 25-Jährigen einer sächsischen Paneluntersuchung zu Protokoll, dass nach ihren Erfahrungen die Ostdeutschen von den Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt würden. Nur 20 Prozent der Befragten glauben, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, und die Chancen, es durch Leistung zu etwas zu bringen, werden äußerst skeptisch eingeschätzt. Es wundert daher kaum, dass diese Jugendlichen sich selbst gleichermaßen als Bundesbürger wie als Bürger der untergegangenen DDR verstehen und sich diese doppelte Identität – trotz der inzwischen großen zeitlichen Distanz – kaum verändert hat. Verändert hat sich lediglich die Zufriedenheit mit dem heutigen politischen System: Sie befindet sich seit 1992 im Sinkflug; gerade noch 21 Prozent der Befragten äußern sich 1998 zufrieden über das politische System der Bundesrepublik (vgl. Förster 1999).

Sichtet man die Versuche, diese Unzufriedenheit zu erklären, dann stößt man schnell auf widersprüchliche Diagnosen: Die einen stellen eine Kolonialisierung des Ostens fest, die sich nicht nur wirtschaftlich äußert (die verlängerte Werkbank), sondern vor allen Dingen in der Okkupation der Elitepositionen durch westdeutsches Personal. Unzufriedenheit resultiere also aus mangelnder Repräsentanz ostdeutscher Eliten oder, anders formuliert, aus »westdeutscher Fremdherrschaft«. Andere bemerken genau das Gegenteil: eine Persistenz ostdeutscher Eliten, die durch die Wende nicht aufgebrochen wurde. Ein Elitenwechsel habe in Ostdeutschland gar nicht stattgefunden, vielmehr seien die alten DDR-Kader zugleich auch die neue Elite Ostdeutschlands. In diesem Sinne besteht die Unzufriedenheit eher darin, dass Privilegien und Aufstiege nicht in dem Umfang realisiert werden können, wie zu DDR-Zeiten geplant und erwartet.

Wie passen derartig unterschiedliche Wahrnehmungen zusammen?

Wird auch die Frage der Eliten nach wie vor durch eine ideologische Brille gesehen? Sind die Identitätskonstruktionen – Ost wie West – auf unterschiedliche Realitätswahrnehmungen gegründet?

Um etwas Licht in die verworrenen Verhältnisse zu bringen, empfiehlt es sich, am Anfang zu beginnen, das heißt im Falle Ostdeutschlands am Ende (der DDR). Dabei ist weniger jener kleine Kreis der Machtelite im engeren Sinne interessant, der teils schon in der agonalen Phase der DDR abtrat, spätestens jedoch nach der Wiedervereinigung politisch unhaltbar geworden war. Weitaus interessanter ist jener Teil der DDR-Elite, der – weniger exponiert – in Entscheidungs- und Leitungspositionen in der Wirtschaft, dem Handel, der staatlichen Verwaltung, in den Kommunen und Bezirken saß. Das einfache Bild einer Kaderauslese nach ausschließlich politischen Opportunitäten wird dieser Elite nicht gerecht. Und zwar aus einem einfachen Grund:

Das Führungspersonal auf den mittleren Führungspositionen stand im Schnittpunkt ausgesprochen widersprüchlicher Anforderungsstrukturen. Mit seinen spezifischen Rekrutierungsmustern, Kompetenzen, Orientierungen, symbolischen Abgrenzungen und mehr oder weniger großen Handlungspielräumen bildet es insofern einen Schlüssel für das Verständnis der Funktionsweise einer sozialistischen Gesellschaft, als es in der Kontrollhierarchie in einer prekären Vermittlungsposition zwischen oben und unten placiert war, in der Effizienz und Erfolge nur durch Zugeständnisse an die Eigensinnigkeit der jeweiligen Bereiche und die Kompetenzen des Personals möglich waren, Aufstieg und Sicherung der eigenen Position jedoch in bisher nicht genau bekanntem Umfang durch politischen Einfluss und die Demonstration von Systemloyalität zu erreichen waren. Ausgefeilte Nomenklaturen und eine extensive Kaderpolitik zeigen, dass auch in der Selbstwahrnehmung des DDR-Systems den mittleren Elitepositionen große Bedeutung zugemessen wurde. Dieses Spannungsfeld von politischer Loyalität und fachlicher Kompetenz war einerseits entlang der Positionshöhe im jeweiligen Tätigkeitsbereich, andererseits entlang der Bedeutsamkeit der jeweiligen gesellschaftlichen Sektoren für die politische Machtzentrale aufgebaut. Wirft man einen Blick in die detaillierten Aufzeichnungen, die der Ministerrat der DDR über die Leitungskader führte, dann ergibt sich folgendes Bild (vgl. Hornbostel 1999): Das durchschnittliche Bildungsniveau, aber auch die Zahl der Parteimitglieder lagen in der Wirtschaft deutlich niedriger als in der staatlichen und regionalen Verwaltung; die Selbstrekrutierung aus der Intelligenz fiel in der Justiz, der Ministerialbürokratie und in der Wissenschaft deutlich höher aus als etwa im politisch irrelevanten Bankwesen oder im Einzelhandel; hauptamtliche Tätigkeiten in der SED und der FDJ fanden sich häufig in den Berufsbiographien des Personals der zentralen staatlichen

Verwaltung und in den Räten der Bezirke, kaum jedoch in Wirtschaft und Handel. In jedem dieser Sektoren galt wiederum, dass mit steigender Positionshöhe die politischen Loyalitätsverpflichtungen zunahmen. In den Zentren der Macht begann diese Verpflichtung bereits auf den unteren Karrierestufen, in der Wirtschaft und im Binnenhandel hingegen erst auf den oberen Leitungspositionen. Den deutlichsten Ausdruck dieser doppelt gestuften Nähe bzw. Distanz zur Macht findet man im symbolischen Kapital, das die DDR ihren Leitungskadern zukommen ließ, den Ehrungen, Orden und Auszeichnungen. Derartige Auszeichnungen wurden zwar en masse vergeben (angefangen bei den Schülern und Jungen Pionieren, über die Arbeitskollektive bis hin zum Karl-Marx-Orden), die Wertigkeit dieser Auszeichnungen (gemessen an der Höhe der materiellen Dotierung und der Häufigkeit der Vergabe) war allerdings höchst unterschiedlich: Sie reichte vom wertlosen und massenhaften Blechsegen bis zu höchst attraktiven Auszeichnungen, die nicht nur materiell interessant waren, sondern dem Träger auch ein Maß an Loyalität attestierten, das Handlungsfreiheit mit sich brachte. Geht man von der Wertigkeit der verteilten Orden aus, dann rangiert das Spitzenpersonal der Ministerien und der zentralen Staatsorgane ganz oben, gefolgt von den Räten der Bezirke und dem politisch wichtigen Außenhandel, in weitem Abstand folgte die Wirtschaft und der Binnenhandel. In jedem Bereich wiederum sind die Hierarchiestufen deutlich getrennt: Die Generaldirektoren der Kombinate und ihre Stellvertreter waren im Durchschnitt ungefähr viermal so hoch dekoriert wie die Abteilungsleiter; ähnlich sind die Abstufungen in den übrigen Sektoren.

Zwei weitere Sachverhalte lassen sich der akribischen Buchhaltung der DDR über ihr Kaderpersonal entnehmen: 1. In den besonders machtnahen Bereichen (zentrale Staatsorgane, Räte der Bezirke, Außenhandel) findet sich – im Vergleich mit Wirtschaft und Binnenhandel – ein weitaus höherer Anteil von Führungspersonal, der bereits vor 1945 politisch aktiv war, und zwar zum größeren Teil in der NSDAP und in faschistischen Organisationen, zum geringeren Teil im Widerstand oder in Arbeiterparteien. Das gilt auch für das politische Engagement der Eltern dieser Personengruppe. Es gab also in der DDR, trotz des massiven Elitenwechsels in der Nachkriegszeit, eine Art genealogisch tradiertes Politprofitum, das sich auf den verschiedensten Ebenen der Politik artikulierte. 2. Die oft herausgestellten gesellschaftspolitischen Fortschritte der DDR, wie Gleichberechtigung der Frauen oder ein proportionaler Anteil von Arbeiterkindern auf allen Hierarchieebenen, fanden gegen Ende der DDR gar nicht oder nur in Nischen statt. Frauen waren in Führungspositionen völlig unterrepräsentiert und erreichten größere Bedeutung nur dort, wo sie politisch gefördert wurden (Räte der Bezirke) oder eben in typischen Frauenberufen (Ein-

zelhandel). Arbeiterkinder hatten gegen Ende der DDR-Zeit weitaus schlechtere Chancen, in Führungspositionen aufzusteigen, als Kinder aus der »Intelligenz«, was nicht zuletzt an der starken Selektivität des Bildungssystems lag. Das Bildungssystem war die Schaltstelle, über die in den achtziger Jahren in der DDR eine sozialistische Dienstklasse sich selbst reproduzierte und eine geschlossene Klassenlage erzeugte, in der die Kinder der unterprivilegierten Schichten nachgerade systematisch am sozialen Aufstieg gehindert wurden.

Versucht man holzschnittartig zu resümieren, was sich gegen Ende der DDR unterhalb der exponierten Spitzenpositionen in der DDR-Elite abspielte, dann lässt sich Folgendes festhalten: Das Primat der Politik – oder besser der Allmachtsanspruch der SED – setzte sich nicht nur auf den verschiedenen Hierarchieebenen sehr unterschiedlich durch, sondern differierte auch sektoral sehr stark. Das hatte einerseits zur Folge, dass sich insbesondere in der Wirtschaft, aber auch in der regionalen und lokalen Verwaltung ein Typus von Leitungspersonal – unterhalb der Spitzenpositionen – etablieren konnte, der sich selbst weitaus stärker über eine professionelle Identität definierte als über politische Loyalität. Ein Grund, warum westliche Beobachter lange Zeit in der Wirtschaft der DDR eine technisch-naturwissenschaftlich gebildete Gegenelite vermuteten. In den Verwaltungen dominierten ebenfalls technisch gebildete Quereinsteiger, deren professionelle Identität weder über formale Rechtsanwendung noch über politische Konformität gestiftet wurde. Damit entstand sowohl in der Wirtschaft als auch in der lokalen und regionalen Politik Spielraum für einen Kadertypus, den man als pragmatisch orientierten »Macher« umschreiben könnte. Keine Gegenelite, sondern eher eine politisch tendenziell indifferente Führungsgruppe, die auf Problemlösung unter widrigen Umständen orientiert war und nicht selten am Rand der Legalität agierte, ohne jedoch das politische System in Frage zu stellen. Eine Dienstklasse, der es gelungen war, ihren Kindern – wider alle Ideologie – besonders gute Chancen auf ähnliche Positionen zu sichern und so die Elitenreproduktion gerade durch Orientierung an professioneller Identität zu gewährleisten.

Welche Überlebenschancen hatte nun diese sozialistische Elite nach der Wende? Zunächst einmal reduzierte sich in allen Bereichen rein quantitativ die Menge der verfügbaren Leitungspositionen. Der verbleibende Rest wurde exakt im gleichen Koordinatensystem, das schon zu DDR-Zeiten Gültigkeit besaß, von den alten oder schon neuen Osteliten gereinigt. Die Mechanismen sind dabei sektoral unterschiedlich, die Wirkungen aber ähnlich: Je höher die Position in der jeweiligen Hierarchie von Unternehmen, Verwaltungen, Körperschaften usw., desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass diese Positionen nach der Wende durch importierte Westeliten besetzt wurden. In der Wirtschaft wurde dieser Effekt über die

Auflösung der Kombiatsstrukturen und die Privatisierung der Unternehmensteile bewerkstelligt. Ostdeutsche kamen dabei kaum zum Zuge, sodass die Eigentumsstruktur weitgehend in westdeutsche Hände überging. Im öffentlichen Dienst waren es vor allen Dingen rechtsförmige Überprüfungsverfahren und die neuen Kompetenzanforderungen, an denen die Ostelite scheiterte. Die Nähe zum Machtapparat der DDR wurde auch formal zum Stolperstein für die administrative Elite. Die Ergebnisse spiegeln sich in den empirischen Untersuchungen zur bundesdeutschen Elite: Trotz eines Bevölkerungsanteils von ca. 20 Prozent stellen die Ostdeutschen nur 12 Prozent des gesamten bundesdeutschen Führungspersonals, davon den ganz überwiegenden Teil in der Politik, wo Ostdeutsche aufgrund des Wahlmechanismus weitaus bessere Chancen haben, Positionen in den Landesvorständen der Parteien, in den Landtagsfraktionen oder in den Landesregierungen zu besetzen (auf der Bundesebene spielen die Ostdeutschen quantitativ keine Rolle). Von den Führungspositionen in Ostdeutschland werden dennoch 41 Prozent von gebürtigen Westdeutschen eingenommen. Ostdeutsche sind in einzelnen Sektoren (Justiz, Militär, Wirtschaft, Verwaltung) auf den Spitzenpositionen so gut wie gar nicht zu finden (vgl. Bürklin u. a. 1997). In den Karrieren der geschrumpften neuen/alten Ostelite finden sich diese Umstrukturierungen wieder: Gut drei Viertel dieser Elite haben ihren Karrierebereich gewechselt und dabei oft gleich mehrere Schritte auf der Karriereleiter genommen.

Ebenso wie schon die DDR versucht hatte, politische Loyalität und professionelle Kompetenz durch abnehmenden Kontrolldruck von oben nach unten auszutarieren, wurde auch nach der Wende bei der Säuberung der Verwaltungseliten verfahren. Von der Bonner/Berliner administrativen Elite blieben die Ostdeutschen ausgeschlossen, in den Landesministerien der neuen Bundesländer wurde der höhere Dienst zu mehr als der Hälfte von westdeutschen Beamten besetzt. Je tiefer man allerdings in der Hierarchie der Gebietskörperschaft (und der Positionen) geht, desto mehr gewinnt ostdeutsches Personal an Gewicht. In den Landkreisen und Städten liegt der Westanteil in der kommunalen Elite deutlich unter 20 Prozent, mehr als die Hälfte dieser Positionen sind von Ostdeutschen besetzt, die im Zuge des Elitenaustauschs in die Verwaltungspositionen aufrückten, und immerhin bis zu einem Drittel des kommunalen Spitzenpersonals besteht aus ehemaligen Kadern, die bereits in der DDR in Amt und Würden waren. In den kleineren, kreisangehörigen Städten liegt der Anteil der Bürgermeister, die schon zu DDR-Zeiten ein entsprechendes Amt bekleideten, und der ehemaligen Ratsmitglieder, die wieder gewählt oder weiter beschäftigt wurden, noch höher (vgl. Berg u. a. 1996).

Sieht man einmal davon ab, dass auch das erhebliche westdeutsche Reservoir an potentiellen Kandidaten nicht ausgereicht hätte, alle Posi-

tionen mit Westimporten zu besetzen, so deuteten bereits die Kommunalwahlen 1994 und die Möglichkeiten plebiszitärer Abwahlen, die erheblich zu Lasten der im Westen rekrutierten Akteure gingen, darauf hin, dass hier offenbar Altpersonal zur Verfügung stand, dessen Kompetenzen auch durch eine kompromittierende politische Vergangenheit nicht entwertet wurden, sondern ganz im Gegenteil als Sozialkapital unter den neuen Bedingungen sehr erfolgreich eingesetzt werden konnten. Dem korrespondiert, dass – laut *Spiegel* – schon 1993 rund 46 Prozent der Ostdeutschen der Meinung waren, dass zu viele westdeutsche Beamte in den neuen Bundesländern eingesetzt seien.

Wie ist ein solcher Überlebenserfolg der Altfunktionäre trotz Systemwechsel erklärbar? Offenbar gibt es im Bereich kommunaler Politik eine Art strukturelle Kontinuitäts Erfahrung, in der zwar die Akteure heute andere sind, die Handlungsstrukturen aber ähnlich. Als »Sozialmakler« jonglieren diese Alt-Bürgermeister mit klientelistischen Interessen, insbesondere der Wirtschaft, in alten und neuen Netzwerken ebenso souverän, wie sie zuvor mit Kombiatsdirektoren, Parteileitung und Bezirksverwaltungen informelle Steuerungspolitiken betrieben hatten. (vgl. Neckel 1999). Der ehemalige, eher technokratisch und pragmatisch orientierte Funktionärstypus der DDR stößt heute im lokalen Bereich auf Probleme und Handlungsanforderungen, die sich nicht grundsätzlich von denen sozialistischer Provenienz unterscheiden. Und wohl auch nicht von kommunalpolitischen Konstellationen im Westen. Größere Ost-West-Differenzen sind jedoch durch die strukturelle Kontinuität der Verwaltungsapparate entstanden. Während in den westdeutschen Städten das Führungspersonal mit juristischen und verwaltungsspezifischen Ausbildungen überwiegt, stellt es in den ostdeutschen Städten eine Minderheit dar, die zudem überwiegend im Westen rekrutiert ist. Verwaltungen waren in der DDR ausgesprochen »rechts nihilistisch« und rekrutierten sich aus überwiegend verwaltungsfremden Fachexperten. Zwar hat mit der Wende der Normierungsdruck der bundesdeutschen Rechtsordnung diese Verwaltungspraxis schnell beendet, nicht jedoch den Qualifikationshintergrund des Führungspersonals (häufig Quereinsteiger), das bis heute überwiegend verwaltungsfremde, meist technische, naturwissenschaftliche oder medizinische Ausbildungsprofile aufweist. Diesen Ausbildungshintergrund zeigt auch die heutige Führungsspitze der kommunalen Verwaltungen in den neuen Bundesländern, die überwiegend aus amtsunerfahrenem Neupersonal (nicht selten aus der systemkritischen Gegenbewegung der DDR) besteht und in erheblichem Maße auf erfahrene Altkader als Amtsleiter oder Ratsmitglieder zurückgreifen muss. Ob aus dieser Konstellation wirklich ein neuer Typus von Verwaltung entsteht, der weniger rechtsdogmatisch, dafür stärker problembezogen operiert, oder

ob es sich dabei lediglich um einen Schritt in Richtung jener hochbürokratisch, aber formaljuristisch korrekten Verwaltungspraxis à la Westdeutschland handelt, muss sich wohl erst noch erweisen. Immerhin, die Akzeptanz der Verwaltung in der Bevölkerung wächst und erzeugt ein dem Westen sehr ähnliches Institutionenvertrauen.

Für das politische und administrative System lässt sich insgesamt festhalten, dass mit der Einführung der neuen Länder eine ganze Reihe von neuen Spitzenpositionen auf Länderebene entstanden sind. Diese Positionen konnten aber nur zu einem vergleichsweise kleinen Teil von ostdeutschen Alt- oder Neueliten besetzt werden. Die politischen Säuberungen erzeugten ein Vakuum, das vorwiegend durch Import von Eliten aus dem Westen gefüllt wurde, die damit historisch einmalige Aufstiegs- oder Wiederaufstiegsoptionen erhielten. Unterhalb der Spitzenebene ist hingegen ein erhebliches Maß an Kontinuität zu verzeichnen. Und diese Kontinuität zeigt deutlich konservative Züge: Von den Mitgliedern der »oberen Dienstklasse« der DDR mit professionellen Tätigkeiten (Ärzte, Lehrer, Wissenschaftler, höheres Verwaltungspersonal usw.) gelang es immerhin 75 Prozent, auch nach der Wende in der oberen Dienstklasse zu verbleiben. Die neue Dienstklasse ist im Großen und Ganzen die alte (Solga 1996). Die Leidtragenden dieser Kontinuität sind vor allem die jüngeren Geburtskohorten, die schon zu DDR-Zeiten schlechtere Aufstiegschancen hatten und mit der Wende ein zweites Mal ausgebremst wurden. Ein Effekt, der aus sozialverträglichem Personalabbau, Besitzstandswahrung und Umfang des verwertbaren Erfahrungswissens resultierte.

Geht man davon aus, dass im öffentlichen Bereich mit dem Dienst- und Beamtenrecht der alten Bundesrepublik Strukturen eingeführt wurden, die sich in der Mischung von politischer Loyalität und professioneller Qualifikation nicht grundsätzlich von der sozialistischen Bürokratie unterscheiden, dann könnte man erwarten, dass in der Wirtschaft ganz andere Bedingungen der Elitentransformation zum Tragen kamen. Auf den ersten Blick scheint das auch der Fall zu sein, denn rund zwei Drittel der privatisierten Unternehmenseinheiten wanderten in die Hände von westdeutschen oder ausländischen Eigentümern, womit die Kontrolle über das Produktivvermögen den alten DDR-Eliten eindeutig entzogen wurde. Das überalterte Führungspersonal an der Spitze der Kombinate wurde weitgehend in den Ruhestand »abgewickelt«. Ganz anders sieht das Bild allerdings aus, wenn man die kleinen und mittleren Unternehmen betrachtet und insbesondere die neugegründeten Betriebe einbezieht. Die Besitzverhältnisse kehren sich dann um, der größere Teil dieser Unternehmen befindet sich in Ostbesitz. Hier gelang also eine Elitenreproduktion: Aus einem kleinen Teil der sozialistischen Manager wurden kapitalistische Eigentümer und damit Angehörige der lokalen oder regionalen Eliten.

Was aber geschah mit der Mehrzahl der sozialistischen Wirtschaftselite, die Leitungspositionen in den volkseigenen Betrieben und Kombinateneinheiten innehatte? Zunächst einmal erlebte die Wirtschaft einen radikaleren und schnelleren Stellenabbau als der öffentlich kontrollierte Sektor. Insgesamt dürfte wohl ein Führungskräfteabbau von über 70 Prozent stattgefunden haben (vgl. Windolf 1996). Ein Teil des Personals wanderte in andere gesellschaftliche Sektoren ab, vorzugsweise in die Politik, ein Teil schied über Verrentung oder die Vorruhestandsregelung aus, und immerhin mehr als die Hälfte der Leiter auf der mittleren Hierarchieebene hatte (1991) ihre Position halten können. Anders als die Kolonialisierungsthese vermuten lässt, wurden die verbliebenen Stellen kaum durch Westimporte besetzt: Von den mittleren Managementpositionen wurden (nach verschiedenen Untersuchungen) zwischen 60 Prozent und 80 Prozent durch ehemalige sozialistische Leiter, von den Geschäftsführerpositionen zwischen 75 Prozent und 100 Prozent durch ehemalige Kader besetzt. Auch hier konnten sich die 45- bis 54-Jährigen gegenüber den Jüngeren weitaus besser positionieren. Letztere wanderten verstärkt in die alten Bundesländer ab. Die Ostmanager ähneln ihren westdeutschen Kollegen insofern, als auch sie von einer Art sozialer Vererbung profitieren: Die Mehrzahl der Väter der jetzigen Manager oder (Mit-)Eigentümer hatte bereits eine Eliteposition inne. So fremd war der Arbeiter- und Bauernstaat bei näherem Hinsehen gar nicht.

Welche Bedeutung den jeweiligen Akteuren des Take-over zufiel, lässt sich im Detail im Bereich der Medien studieren: Das staatliche Rundfunk-, Fernseh- und Pressewesen der DDR wurde einerseits über die Treuhand privatisiert (die Printmedien), andererseits in drei Länderanstalten in öffentlich-rechtliche Strukturen überführt (Rundfunk und Fernsehen). Während in den privatisierten Printmedien nur in geringem Umfang Westimporte in die Chefredaktionen einzogen und ein erheblicher Teil der ostdeutschen Printmedienelite aus der Wendezeit seine Position halten oder sogar verbessern konnte, sah es im öffentlich-rechtlichen Bereich völlig anders aus. Von 21 Inhabern hoher Positionen bei Funk und Fernsehen stammten 1994 lediglich vier aus den neuen Bundesländern, von den Intendanten kein einziger. Betrachtet man auch die weniger exponierten Führungspositionen – schließt man also die Redakteursposten und auch die lokalen Zeitschriften mit ein –, dann steigt zwar der Anteil der Ostdeutschen, der Unterschied zwischen öffentlich und privat bleibt aber frappant: Der Westimport beim Fernsehen beträgt dann 40 Prozent, in den Printmedien 18 Prozent (Derlien 1997). Als »Entstasifizierung« legitimiert, wurden im öffentlich-rechtlichen Bereich zunächst alte und erneuerte Ost-Eliten entfernt, um dann – nun mit Kompetenzanforderungen begründet – durch Berufsaufsteiger aus dem Westen ersetzt zu werden. Eine Ersetzung, die fatal an das gerade untergegangene Regime erinnert:

Das politische Primat wird nun nicht mehr von einer SED durchgesetzt, sondern weitaus pluralistischer von CDU/CSU und SPD, es gibt keine Kadernomenklaturen mehr, dafür aber Personal- und Stellenpläne, die nach Parteibuchproporz besetzt werden. Es wundert dann kaum noch, dass zwar im privatisierten Printbereich qualifiziertes Personal übernommen werden konnte, im öffentlichen Bereich aber – so der MDR-Intendant – auch begabte Ostdeutsche an den Herkules-Aufgaben, die ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk zu bewältigen hat, scheitern. Was an einem derartigen Elitenwechsel irritiert, ist weniger die Kolonialherrenart, mit der dem Westpersonal aus dem zweiten Glied der berufliche Aufstieg ermöglicht wurde, als vielmehr die Strukturähnlichkeit zwischen realsozialistischer Kaderauslese und öffentlich-rechtlicher Personalpolitik.

Verglichen mit den osteuropäischen Staaten haben die neuen Bundesländer zweifellos einen Sonderweg beschritten. Eine Konversion der alten Machtelite fand – anders als in Russland, Polen oder Ungarn – nicht statt. Vielmehr gingen die Spitzenpositionen und die gesellschaftlichen Sektoren, auf die die Politik gezielt Einfluss nehmen konnte, in westdeutsche Hände über. Die Frage der Kontrolle wurde eindeutig durch neue Eigentumsverhältnisse oder politische Säuberung gelöst. Anders als im Falle der nur wenig gebrochenen Elitekontinuität zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Bundesrepublik wurde im Falle der DDR tatsächlich das realsozialistische Spitzenpersonal dauerhaft aus zentralen Entscheidungspositionen entfernt. Der Take-over aller entscheidenden Kontrollinstitutionen durch Westeliten erleichterte insbesondere in der Politik die Zirkulation der Ostelite. In den neuen Landtagen (1990) hatten 84 Prozent der Abgeordneten erstmals ein Mandat, wovon der größere Teil oberhalb der Lokalebene amtsunerfahren war. Zugleich ermöglichte diese starke Kontrolle aber auch den Fortbestand jener sozialistischen Dienstklasse. So wie die politischen Loyalitätsverpflichtungen in der DDR mit der Positionshöhe und der politischen Relevanz des Beschäftigungssektors wuchsen, so verringerten sich nach der Wende die Überlebenschancen der Altelite. Umgekehrt bedeutet dies, dass die Chance gerade des mittleren Führungspersonals bzw. der Inhaber von Positionen lokaler oder regionaler Bedeutung, ihre Karrierewege unter dem neuen System fortzusetzen, vergleichsweise gut war. Sie konnten in der Kommunalpolitik ihr Sozialkapital vor Entwertung bewahren, auf mittleren Managementebenen ihre gegen Politisierung geschützten professionellen Identitäten einbringen und waren in der Administration durch einen – gemessen an den personellen Überkapazitäten – milden, sozialverträglichen Personalabbau geschützt. Die politische Säuberung in den Spitzenpositionen garantierte gewissermaßen, dass diese Dienstklasse nicht über Seilschaften, Clanbildung oder weitreichende soziale Netzwerke zu ei-

nem eigenständigen Machtfaktor wurde, erlaubte ihr zugleich aber den Schutz ihrer Besitzstände und die Fortsetzung ihrer schon zu DDR-Zeiten weit fortgeschrittenen Selbstreproduktion.

Bilanziert man diesen besonderen Transformationsprozess, ist sicherlich der extrem schnelle und vergleichsweise friktionslose Umbau einer ganzen Gesellschaft durch eine Mischung von Elitenimport, Elitenzirkulation und -reproduktion auf der Habenseite zu verbuchen. Die Sollseite tritt erst allmählich in Erscheinung: Mit dem Elitenimport untrennbar verknüpft ist ein ebenfalls importiertes Institutionensystem, dessen Schwächen wohl bekannt waren, ein Verwaltungsapparat, dessen notorische Leistungsschwäche lange debattiert wurde, ein Dienst- und Beamtenrecht, dessen Leistungs- und Innovationsfeindlichkeit fast sprichwörtlich ist, kurz ein Strukturkonservatismus, der nur in den Wendewirren unsichtbar bleiben konnte, dessen Medusenhaupt nun aber im Spiegel der Globalisierung wieder deutlich sichtbar wird. Die importierten Westeliten brachten gerade die Voraussetzungen und auch ein Interesse an der Implementierung jener längst fragwürdig gewordenen Strukturen mit, sie selbst profitierten schließlich davon. Paradoxaerweise trafen sie sich in diesem Punkt mit den Interessen der alten Ostelite, die weniger auf Machterhalt als auf Besitzstandssicherung zielte (die kleine Gegenelite der Bürgerbewegung hatte in den neuen Bundesländern nie eine Chance).

Diese große Koalition wider Willen stimmt in mehrfacher Hinsicht skeptisch. Nicht nur, weil sie mit der produzierten Elitekontinuität in den neuen Bundesländern gerade die innovativen und die jüngeren Köpfe systematisch zurückdrängte, sondern auch, weil das hochpolitisierte »muddling through« der Importelite phänomenologisch doch an manches aus realsozialistischen Zeiten erinnert. Die Westeliten brachten ein gutes Stück Sozialismus westdeutscher Prägung mit. Es macht denn wohl auch den Kern des Kolonialisierungsvorwurfs aus, dass das Versprechen einer strikt meritokratisch orientierten demokratischen Leistungsgesellschaft enttäuscht wurde. Umgekehrt sind auch Revisionen am landläufigen Bild der DDR notwendig: Jenseits der Politrhetorik hatte die DDR sich in den letzten Jahrzehnten ihres Bestehens so weit funktional ausdifferenziert, dass Sachverstand nicht ohne weiteres durch politische Loyalität zu ersetzen war. Vielmehr hatten sich offenbar Rekrutierungsmuster, Einstellungen und Handlungsorientierungen beim weniger exponierten Führungspersonal herausgebildet, die Raum für professionelle Identitätsbildung ließen. Bezahlt wurde dies mit wachsender Ungleichheit in der DDR und immer stärkerer Selbstreproduktion insbesondere der Intelligenz im Arbeiter- und Bauernstaat.

Was sich derzeit in den neuen Bundesländern an neuer Ostidentität abzeichnet, hat daher weniger mit Nostalgie zu tun als vielmehr mit einer

oszillierenden Suchbewegung, die den verblassenden Glanz der Westeliten ebenso nüchtern registriert wie die Defekte der untergegangenen DDR. Die Werbeagentur Fritzsch & Mackat (junge Ostelite pur) beschreibt das neu aufkeimende Selbstbewusstsein als *Ostimismus*: eine optimistische, leistungsbezogene Identität mit einer starken gemeinschaftlichen und sozialen Komponente (eine neue soziale Marktwirtschaft?). Da das Parteiensystem in den neuen Bundesländern nur geringe Integrationskraft hat, fällt den Eliten in ganz besonderem Maße die symbolische Gestaltung dieser immer noch nicht ausbuchstabilten Identität zu. Als Repräsentanten für diesen Ostimismus scheiden aber längerfristig die importierten Eliten ebenso aus wie die Alteliten. Die Mischung aus Kolonisten in den Spitzenpositionen und alten Kadern in den nachgeordneten Positionen war als transitorische Konstellation durchaus funktional. Zukunftsweisend ist die damit einhergehende Melange aus Klientelismus, Ämterpatronage, Subventionsmentalität und Besitzstandswahrung allerdings nicht. Vermutlich werden es ohnehin nicht die Positionseliten sein, denen man maßgeblichen und regelmäßigen Einfluss auf zentrale gesellschaftliche Entscheidungen zuschreibt, die die gesellschaftliche Integration aufrechterhalten, sondern eher ein bunter Strauß sektoraler und regionaler Eliten. Es bleibt also spannend, ob der Ostimismus zwischen den Polen eines Kartells der Macht auf der einen Seite und einer desintegrierten und fragmentierten Gesamtelite auf der anderen etwas Neues hervorbringt.

## Literatur

- Berg, Frank u. a., *Kommunaler Institutionenwandel. Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozess*, Opladen 1996.
- Bürklin, Wilhelm u. a., *Eliten in Deutschland*, Opladen 1997.
- Derlien, Hans-Ulrich, »Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration«, in: Wollmann, H. u. a., *Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland*, Opladen 1997.
- Förster, Peter, »Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B43-44, 1999.
- Hornbostel, Stefan (Hg.), *Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR*, Opladen 1999, darin die Beiträge von Sabine Lorenz, Hanjo Gergs und Markus Pohlmann, Stefan Hornbostel.
- Neckel, Sighard, *Waldleben*, Frankfurt/M. 1999.
- Solga, Heike, »Zum Verbleib der Angehörigen der oberen Dienstklasse der DDR nach 1989 ...«, in: Hradil, Stefan und Eckart Pankoke (Hg.), *Aufstieg für alle?*, Opladen 1996.
- Windolf, Paul, »Die Transformation der ostdeutschen Betriebe«, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Nr. 4, 1996.